

LIT-TIPPS 23.08.2019

Liebe LeserInnen der Lit-Tipps!

Struktur der Lit-Tipps

Ich gebe vorab die in der jeweiligen Ausgabe der Lit-Tipps enthaltenen Rubriken an, gefolgt von Autorennamen (alphabetische Reihenfolge) und Jahreszahl der Publikation. In der zweiten Hälfte der Lit-Tipps finden Sie dann die vollständigen bibliographischen Angaben zu jedem Titel und einen Kurzkomentar von mir, in der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Das Ganze entspricht der sog. amerikanischen Zitierweise, spart Platz und macht die Titel doch leicht auffindbar.

Archiv der Lit-Tipps:

Vorangegangene Lit-Tipps finden Sie

- bis April 2005 in einer Gesamtliste unter
- nach Juli 2005 im Archiv der Lit-Tipps
dies finden Sie auf der Homepage des Lehrgebiets auf meiner Mitarbeiter-Seite unter:
<http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg2/team/martin.list.shtml>

Unter dieser Adresse können Sie sich **selbsttätig für den Erhalt der Lit-Tipps ein- und auch wieder austragen**.

Die **Lit-Tipps** sind als „**List-Tipps**“ mit meinen drei jüngsten Publikationen verknüpft:

- „**Internationale Politik studieren. Eine Einführung**“ (**IPSE** abgekürzt; Wiesbaden: vs-Verlag 2006)
- „**Weltregionen im globalen Zeitalter**“ (**WRigZ**; Buchandels-Publikation der überarbeiteten Fassung Wiesbaden: Springer VS 2016) und
- „**Kultur in den internationalen Beziehungen**“ (zus. mit J. N. Rolf; Fernstudienkurs der FernUniversität in Hagen, Kursnr. 34671, Hagen 2017; Buchfassung: Wiesbaden: Springer VS 2018; **Kiib**),
ergänzt um die jeweils einschlägige Kapitel-Nummer.

Und damit zu den **Lit-Tipps von heute**. Sie erfolgen zu den Rubriken:

- **Fachbücher**

Geordnet nach Themen und mit Verweis auf autoren-alphabetisch geordnete Kurz-Rezensionen

POLITIK allgemein

Emotionen in unserer Moral und politische Polarisierung: Hübl 2019

Rechtspopulismus: Koppetsch 2019

Theorien und Methoden der Politikwissenschaft: Lowndes/Marsh/Stoker 2018

Verwaltungsversagen: Seibel/Klamann/Treis 2017

POLITISCHE SYSTEME IM VERGLEICH

Iran: Abedin 2019

Kim Jong Un: Fifield 2019

Trump – das 2. Jahr: Wolff 2019

INTERNATIONALE POLITIK

Aggression – völkerrechtlich definiert: Weisbord 2019

ASEAN at 50: Weatherbee 2019

China und die islamische Welt: Bianchi 2019

nach-imperiales Russland: Aust 2019

Peace and Conflict Studies: Barash/Webel 2018

Russland vs. Westen: Orenstein 2019

SONSTIGES

ETHNOLOGIE

Einführung: Heidemann 2019

GESCHICHTE

Kapitalismus: Plumpe 2019

Studentischer Widerstand – geschichtlicher Überblick: Boren 2019

PSYCHOLOGIE

Theory of Mind: Böckler-Raettig 2019

Abedin, Mahan 2019: Iran Resurgent. The Rise and Rise of the Shia State, London: Hurst. WRigZ 3.2

Zu den Staaten, deren politische Verhältnisse und Verhalten nach außen geneigte Beobachter*innen wie fachliche Analytiker*innen seit Jahren beschäftigt – und verwirrt – gehört die 1979 revolutionär entstandene islamische Republik Iran. Schon die Einordnung ihres politischen Regimes bereitet Schwierigkeiten. Oft ist von Theokratie die Rede, da schiitisch-muslimische Institutionen wie der religiöse Führer oder auch der sog. Wächterrat wesentliche Entscheidungsbefugnis haben. Andererseits wird im Iran regelmäßig gewählt, und zwar, trotz von der religiösen Führung regulierter Kandidatenaufstellung, durchaus bedeutungsvoll. Gesellschaftlich gelten strenge religiöse Regeln – und gleichzeitig gedeiht im Untergrund eine recht westlich anmutende Jugendkultur. Und die internen Verhältnisse an der politischen und paramilitärischen Spitze sind schwer durchschaubar. Der im Iran geborene und in Washington lebende Journalist und Denkfabriken-Mitarbeiter Abedin hat diese komplexe Gemengelage auf hervorragende Weise entwirrt. Tatsächlich ist sein Buch über den Iran nicht nur derzeit das aktuellste zum Thema, sondern meines Erachtens auch eines der besten. Das beginnt schon bei seiner Grundhaltung. Iran ist ein ‚heikles Thema‘, und viele Publikationen lassen ihre politische Be- oder Verurteilung nur zu deutlich erkennen, nicht nur solche aus westlicher Feder, sondern auch unter iran-stämmigen Autoren (die oft die Konflikte zwischen unterschiedlichen Revolutions-Strömungen oder gar des vorausgehenden Schah-Regimes fortschreiben). Eine solch offensichtliche politische Agenda hat Abedin nicht. Wenn der in etwa mit „der unaufhaltsame Aufstieg des schiitischen Iran“ zu übersetzende Untertitel dessen Erfolg hervorhebt, so geschieht dies nicht in einer das gegenwärtige Regime preisenden Absicht. Sehr wohl jedoch macht Abedin klar, dass auch dieses Regime oder doch zumindest der Iran als souveräner Staat, legitime Ansprüche hat, etwa nicht von außen mit Regimechange bedroht zu werden (man erinnere sich an Art. 2 (4) der UNO-Charta). Und dass es seine Interessen eben durchaus rational durchzusetzen vermag. Dass es sich dabei durchaus herber Mittel bedient, nicht nur der nuklearen Aufrüstung, sondern vor allem in seinem Streben nach weltregionalem Einfluss, etwa durch Unterstützung auch terroristisch agierender Gruppen wie der Hisbollah in Libanon oder der Kooperation mit dem Assad-Regime in Syrien, wird ebenfalls behandelt. Aber auch die komplexen innenpolitischen (Macht-)Verhältnisse werden kenntnisreich analysiert, was nicht zuletzt deshalb wichtig ist, weil „[i]n Iran’s case the connection between domestic and foreign policy is greater than in most states“ (4), u.a., weil das Regime sich intern immer noch durch Berufung auf seinen revolutionären Charakter zu legitimieren versucht. Diese Interpretation fügt sich also exakt in die von mir im Weltregionen-Text propagierte Analyseperspektive, welche staatliches Außenverhalten vor dem Hintergrund interner Herrschaftsstabilisierung zu erklären strebt. Abedin liefert hierfür klar und kundig aufbereitete Sachinformation, in einem Ausmaß, wie es nur wahre Kenner können. Auf deren Schultern steht auch ein Generalist wie ich – und alle interessierte/n Leser*innen können davon nur profitieren.

Aust, Martin 2019: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991, München: Beck.
Der Osteuropa-Historiker (Uni Bonn) Aust ist, nicht zu Unrecht, über die Polarisierung der Russland-Diskussion hierzulande, die zwischen Verteufelung und Anhimmlung pendelt, besorgt, zumal er, als Historiker, darin historisch weit zurückreichende Extreme der jeweiligen Russland-Bilder wieder zu erkennen vermag. Dem möchte er eine differenzierte Sicht gegenüberstellen, wozu Zweierlei nötig ist: 1. zu erkennen, dass Putin zwar wichtig ist, jedoch für die Entwicklung in Russland nicht allein und all-bestimmend verantwortlich ist; vielmehr operiert auch er unter Bedingungen, die er sich nicht ausgesucht hat. Dazu gehört neben dem Agieren des Westens (das auf russische Befindlichkeiten eher wenig Rücksicht genommen hat) vor allem 2. die Problematik des ‚Ausstiegs‘ aus der imperialen Rolle. Durch Anbindung an Teile der neueren Imperien-Literatur, die in Geschichts- und Politikwissenschaft in den vergangenen 20 Jahren entstanden ist, und durch Vergleich mit der post-imperialen Entwicklung etwa in Frankreich und Großbritannien relativiert sich manches, was zuweilen bereits als ‚neuer Imperialismus‘ Russlands geschildert wird. Auch in den beiden westlichen Ländern war der Ausstieg aus dem Imperium ein Jahrzehnte umfassender Prozess – und keinesfalls ein rein friedlicher. Und in Russland lief zudem die ökonomische Systemtransformation parallel. Das alles soll russisches Agieren in jüngster Zeit weder rechtfertigen noch verharmlosen (weder die Annexion der Krim noch die Propaganda im bzw. gegen den Westen). Es soll jedoch, das macht den Hauptteil des kurzen Textes aus, die noch einmal in ihren wichtigsten Stationen geschilderte Entwicklung in Russland seit 1991 verständlich(er) machen – und damit zu weniger aufgeregtem Umgang damit animieren. Auch das ist löblich, wenngleich die Darstellung für Kundige kaum Neues bietet. Für Anfänger*innen und/oder Nachgeborene, welche die Ereigniskette nicht miterleben konnten, liegt jedoch ein nützlicher Überblick und Einstieg in die Thematik vor.

Barash, David P./Webel, Charles P. 2018: Peace and Conflict Studies, 4th ed., Los Angeles u.a.: Sage.

IPSE 4-6

Bereits in vierter Auflage – das spricht für didaktischen Erfolg – erscheint dieses ebenso dicke wie inhaltlich umfassende Einführungs-Textbook in die Peace and Conflict Studies (PCS), leider auch zu einem (selbst für die Paperback-Ausgabe) sehr hohen Preis. Hier sind einschlägige Bibliotheken gefragt – und ihnen sei sogleich die Anschaffung empfohlen, um einschlägig interessierten Studierenden den Zugriff zu ermöglichen. Einschlägig für beide, Studierende und Bibliotheken, sind solche, die sich mit Friedens- und Konfliktforschung speziell oder der Analyse internationaler Politik im Allgemeinen beschäftigen. Die PCS suchen die einstmals z.T. auch ideologisch motivierte Trennung der (sich progressiv verstehenden, insbesondere der sog. ‚kritischen‘) Friedensforschung und den als eher konventionell, wenn nicht konservativ, empfundenen Security Studies zu überbrücken. Das wird nicht für alle potenziellen Leser*innen aufgehen, aber im Grunde trifft zu: wer Konflikte und ihre Ursachen nicht ernst nimmt, kann Frieden nicht vorbereiten. Wer nur, zumal gewaltsamen, Konfliktaustrag analysiert, verliert dabei die Perspektive der (und zuweilen auch den ‚Glauben‘ an die) Überwindbarkeit von Konflikten. Beides ist jedoch wichtig. Und beides ist aufwendig, sowohl in der Analyse, als auch in der (bestenfalls davon angeleiteten) praktischen Umsetzung. Kein Wunder also, dass selbst eine (wenn auch umfassende) Einführung dafür 24 Kapitel und 650 Seiten braucht. Diese sind freilich in angenehmem Layout gesetzt, der Text ist klar strukturiert (jedes Kapitel in Abschnitte mit Zwischenüberschriften, ergänzt um Reflexionsfragen und Empfehlungen zum Weiterlesen, den ganzen Band erschließt ein Personen- und Sachregister). Inhaltlich beginnt Teil I mit Fragen der Bestimmung dessen, was „Friede“ bzw. „Krieg“ bedeutet, ergänzt um die fachliche Entwicklung der Friedensforschung einerseits, um Terrorismus und Nuklearwaffen als Sonder-Themen gewaltsamen Konfliktaustrags andererseits. Teil II behandelt Kriegs-Ursachen, Teil III die des negativen Friedens, Teil IV die positiven Friedens. Dabei wird von der individuellen über die Gruppen- bis zur Staaten-Ebene vorgegangen und es werden unterschiedliche Strategien erörtert, von Diplomatie über Abschreckung bis hin zu ökologischem Frieden, nationaler Aussöhnung (in post-conflict-Gesellschaften) und gewaltloser Aktion (als Alternative zu gewaltsamem Konfliktaustrag). Die konkretisierenden

Beispiele stammen dabei durchaus aus aller Welt, wenngleich die US-Herkunft des Bandes an häufigem Bezug auf US-Beispiele erkennbar bleibt. Gleichwohl: hier wird für alle einschlägig Interessierten das Wesentliche der PCS in einem Band klar präsentiert. Schade, dass das auch für den globalen Markt doch nur so teuer möglich war. Bibliotheken sollten, wie gesagt, hierzulande für Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit sorgen.

Bianchi, Robert R. 2019: China and the Islamic World. How the New Silk Road is Transforming Global Politics, New York: Oxford University Press.

WRigZ 3, 4 und 5

An Literatur über Chinas Projekt einer "neuen Seidenstraße" (bzw. "One Belt, One Road") mangelt es inzwischen nicht mehr. Wenige Autoren, die darüber schreiben, dürften jedoch so viel (auch: Sprach-)Kompetenz mitbringen wie der in den USA ausgebildete, jedoch seit anderthalb Jahrzehnten in und um China aktive Politikwissenschaftler und Völkerrechtler Bianchi, der nicht nur selbst Muslim ist, sondern auch am Aufbau etlicher chinesisch-muslimischer Forschungseinrichtungen beteiligt gewesen ist. Sein jüngstes Buch hat deshalb chinesischen Leser*innen mindestens so viel zu sagen wie westlichen. Und zwar nicht nur, weil es voller neuer einschlägiger Information über Chinas Engagement in sechs der wichtigsten muslimischen Länder ist (Pakistan, Türkei, Indonesien, Iran, Nigeria und Ägypten, denen jeweils ein Kapitel gewidmet ist). Sondern auch wegen der Rückschlüsse, welche er auf Chinas eigene interne Herrschaftsverhältnisse zieht. So wie China in seinen externen Seidenstraßen-Beziehungen erfahren muss, dass der Bau von Infrastruktur leichter ist als der von stabilen internationalen Beziehungen, weil China in die internen Auseinandersetzungen seiner Partnerländer hineingezogen wird, unabhängig davon dass es offiziell eine Linie der Nicht-Einmischung fährt; und so wie China dabei lernen muss, dass die Berücksichtigung der Anliegen lokaler Bevölkerungen nicht zugunsten reiner Elitenkontakte vernachlässigt werden kann (weil dies Proteste vor Ort und damit Instabilität des transregionalen Projektes auslöst), so wird China auch verstehen müssen, dass seine eigenen heimischen Verhältnisse mehr Responsivität erfordern, mehr Berücksichtigung der (durchaus konfliktreichen) Interessen unterschiedlicher Gruppen in der chinesischen Bevölkerung, etwa zwischen Ethnien, religiösen Gemeinschaften, vor allem aber zwischen Stadt und Land. Das, so Bianchi, wird eine Öffnung des politischen Systems verlangen – und dass diese nicht zu fürchten ist, ist die Botschaft, welche Bianchi gerne nach China transportieren möchte. Dass aus seiner (muslimischen) Sicht gerade die z.T. ja selbst autoritären muslimischen Gesellschaften zum Anlass solcher Lernprozesse werden sollen, ist nicht nur Wunschdenken eines Moslem, sondern in der Abwehr chinesischer Bevormundung in all seinen Partnerländern begründet. Und vielleicht hofft Bianchi, unausgesprochen, sogar auf eine ähnliche, Öffnung fördernde Rückwirkung der Konflikte um die Seidenstraße in den autoritären muslimischen Staaten wie in China. Am Ende, so begründet er unter Rückgriff auf evolutionsbiologische und Komplexitätstheoretische Schriften, wird die mit der Seidenstraße anvisierte transregionale Verknüpfung nur dann funktionieren, wenn sich die beteiligten Gesellschaften öffnen. Das alles wird sachkundig, unter Verweis auf immenses Schrifttum aus Globalgeschichte, Evolutionstheorie, aber auch auf interne chinesische Debatten sowie aktuelle Berichterstattung über die ersten Entwicklungsschritte der „Seidenstraße“ und ihre Wechselwirkung mit den heischen politischen Verhältnissen der erwähnten Partnerstaaten Chinas ausgeführt. Hoch informativ, hoch anregend – und unbedingt zur Lektüre empfohlen.

Böckler-Raettig, Anne 2019: Theory of Mind, München: Ernst Reinhardt Verlag (utb).

Wie ich in eigentlich jeder Ausgabe der Lit-Tipps betone – und zu zeigen versuche –, lohnt für Studierende (und Praktizierende) der Politikwissenschaft im Allgemeinen und der Internationalen Beziehungen im Besonderen immer auch der Blick über den fachlichen Tellerrand hinaus, z.B. in den Bereich der Psychologie. Dort wird jüngst unter dem Stichwort „Theory of Mind“ eine für unser soziales Leben ganz elementare Fähigkeit erforscht, nämlich unsere (und eventuell auch die tierischer Verwandter) Fähigkeit, uns kognitiv in die Lage Anderer zu versetzen. Also Vermutungen über deren Gedanken anzustellen, ggf. auch Vermutungen über deren Vermutungen (z.B. über unsere: die meisten von uns bewältigen

gedanklich bis zu vier Stufen dieses Denkens, so erfahren wir im Text). Und wie gesagt: es geht um Ein-Denken, nicht Ein-Fühlen. Ersteres wird mit der ToM bezeichnet, Letzteres als Empathie. Obwohl, auch das sagt die Autorin, beides oft zusammen erfolgt. Jedoch sind die neurologischen Voraussetzungen und die psychologischen Mechanismen wohl unterschiedlich, wie sich nicht zuletzt aufgrund der neueren bildgebenden Verfahren zeigen lässt, mittels derer man quasi dem denkenden und fühlenden Hirn beim Arbeiten zuschauen kann. Sie werden eingangs kurz erläutert. Im Weiteren geht es dann, kapitelweise, um Aspekte der Thematik, die speziell für Psychologie-Studierende und Praktiker*innen in psychologischen Berufen von Interesse sein dürften: die Entwicklung der ToM-Fähigkeit über den Lebenslauf hinweg, mögliche Beeinträchtigungen, Fördermöglichkeiten von ToM-Entwicklung und eben die Frage nach der ToM bei Tieren. Der ganze Text ist ausgesprochen knapp, aber sehr klar gegliedert, mit nützlichen und/oder auflockernden Grafiken, nur leider in der Druckversion etwas lieblos klein gesetzt (es erinnert an Beipackzettel). Für (angehende) Psycholog*innen kann das Buch ob seiner Kürze zur Prüfungsvorbereitung dienen; für allgemein Interessierte und (angehende) Sozialwissenschaftler*innen als vorzügliche erste Orientierung in der Thematik. Wir IB-ler könnten als Anschluss-Überlegung darüber nachdenken, wie die hier angestellten inter-individuellen Untersuchungen und ihre Ergebnisse auf das Durchdenken der Position anderer Staaten in der internationalen Politik zu übertragen sind. Dies unter anderem macht gute Diplomatie aus.

Boren, Mark Edelman 2019: Student Resistance. A History of the Unruly Subject, 2nd ed., New York/London: Routledge.

Studentischen Widerstand in historischer Langfrist-Perspektive und im globalen Überblick zu behandeln, und das auf 240 Seiten – das klingt attraktiv (nicht nur für Studierende), aber: kann das gutgehen? Die Problematik liegt auf der Hand: die gesellschaftlichen Kontexte der jeweiligen Studierenden-Proteste variieren derart, und die Beschränkung des Umfangs ist so drastisch, dass für die Erläuterung der einzelnen vorgestellten Aktionen (geschweige denn für ein tieferes Verständnis deren Ursachen, Verlaufsmechanik und Resultate) kaum Raum bleibt. So wird denn die mittelalterliche Geschichte studentischer Rebellion auf knapp 10 Seiten behandelt, wohl auch, um überhaupt die mittelalterlichen Ursprünge der Universität einführen zu können. Es geht hier unter anderem um die Konflikte zwischen Stadt und Universität von Oxford im 13. Jahrhundert. Die weitere Darstellung arbeitet sich chronologisch vorwärts, über Renaissance und Aufklärung bis ins 19. Jahrhundert (bei dem das Jahr 1848 im Zentrum steht) über die berühmten-berühmten 1960er bis hin zur Gegenwart. Hier werden zunehmend auch außereuropäische Studentenbewegungen bzw. solche in Entwicklungsländern berücksichtigt, was im Prinzip begrüßenswert ist. Doch es fragt sich wiederum, was deren reine Erwähnung, für mehr ist oft kein Platz, für ein Verständnis des Phänomens wirklich bringt, etwa die zehn Zeilen zur jüngeren Entwicklung in Thailand 2000-2014: hier ist von „red-shirt pro-democracy marches“ (233) in Bangkok die Rede, die von Polizei und Militär brutal niedergeschlagen worden seien; so weit, so richtig, aber der Komplexität der Lage im Land wird dies kaum gerecht; dasselbe ließe sich für die meisten, kaum längeren, Passagen zu Pakistan, Indien, Indonesien oder auch Afrika sagen. Der Autor forscht seit Jahren zum Thema und hat offenbar eine umfassende Ereignisdatenbank studentischer Proteste aufgebaut. Diese quasi auszugsweise nur zusammenzustellen liefert jedoch weder einen zufriedenstellenden Überblick (aufgrund der Vielzahl und Kürze der Einzelschilderungen sieht man kaum den Wald vor lauter Bäumen), noch verbindet der Autor diese Empirie mit einer analytisch weiterführenden Einordnung. Das im Prinzip interessante Thema wird dadurch weitgehend verschönt. Weniger (an nur oberflächlich erwähnten) Fällen, dafür mehr an analytischer Durchdringung (z.B. durch gezielten Fall-Vergleich) wäre mehr gewesen. Vielleicht jedoch eher eine Aufgabe für historische Soziolog*innen bzw. Politikwissenschaftler*innen (s. z.B., Europa 1848 mit Südamerika in den 1970ern/80ern vergleichend, dabei Diffusionsprozesse theoretisch angeleitet empirisch untersuchend: Kurt Weyland: Making Waves, Cambridge 2014).

Fifield, Anna 2019: The Great Successor. The Secret Rise and Rule of Kim Jong Un, London: John Murray.

WRigZ 5.1

Neben dem Iran (s. Abedin in diesen Lit-Tipps) gehört Nord-Korea zu den ‚Rätseln‘ der (internationalen) Politik. Auch hier ist, wenngleich auf Basis ganz anderer Herrschaftsverhältnisse als im Iran, für allgemein Interessierte wie fachliche Beobachter*innen die Frage, womit wir es eigentlich zu tun haben bzw. wie das Land ‚tickt‘. Haben wir es doch mit einer nominell kommunistischen, aber faktisch stark personalisierten, ja, wie die langjährige kundige Beobachterin Fifield, Büroleiterin der Washington Post in Beijing und Nordkorea-Kennerin, sagt, mit einer dynastischen Diktatur zu tun. Den Werdegang des jüngsten Sprosses, des dritten Kim, Jong Un, verfolgt sie in dieser Darstellung. Sie beginnt mit zunächst eher fast an Regenbogenpresse erinnernden Details aus der (in der Schweiz verbrachten) Jugend des heutigen Machthabers, und auch im Folgenden kommen immer wieder Detailschilderungen ins Bild, vom Spielzeugbestand in Jugend und Erwachsenenalter bis zur Besteck-Desinfektion auf seinen Auslandsreisen (keine DNA-Spuren für feindliche Geheimdienste hinterlassen!). Muss man das wirklich lesen? Nun, man muss ohnehin nicht. Wer aber an Nordkorea, seinem Herrschaftssystem und seiner Außenpolitik interessiert ist, kommt in einem solchen politischen System weder an der dynastischen Herrschaftslogik noch am personalisierten Anteil, beides im Verbund mit Günstlingswirtschaft, vorbei. Zu detaillierte Schilderungen von Kleinigkeiten lassen sich überspringen, gegen Ende wird das Buch immer interessanter, wird hier doch die Herrschafts-Logik Kims und damit auch sein keinesfalls ‚irres‘, vielmehr durchaus rationales, wenn auch herbes Agieren erklärt: machergreifende Grausamkeiten zunächst (Machiavelli lässt grüßen!), Nuklearrüstung sodann (die zum Zweck der Verhinderung einer US-Aggression und eines Regime-Change durchaus rational ist, wie Fifield betont, und zudem das Militär einbindet und technonationalistischen Stolz verbreitet), jüngst Umschwenken auf langfristige ökonomische Entwicklung und damit Legitimation als Entwicklungsdiktatur (bei gleichzeitiger Bindung tausender Günstlinge und ihrer privilegierten Kinder ans Regime) und Friedensstifter, der im Zusammentreffen den großen Dealmaker Trump sehr wohl zu nehmen weiß (das Buch endet mit dem Hanoi-Gipfel, die mediale Inszenierung der Grenzüberschreitung am 38. Breitengrad im Juni diesen Jahres wird nicht mehr berücksichtigt, bestätigt jedoch Fifields Sicht der Dinge, selbst wenn sie vor dem historischen Hintergrund tatsächlich geeignet war anzurühren). M.a.W.: selektive Lektüre des Bandes lohnt durchaus!

Heidemann, Frank 2019: Ethnologie, 2. Aufl., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (UTB).

Dieses Taschenbuch verdient ein doppeltes Lob. Das erste geht an den Verlag – für die Ausstattung. Es ist einfach erfreulich, dass der Verlagsverbund der Uni-Taschenbücher mit seiner „basics“-Lehrbuchreihe noch einmal zeigt (im Zeitalter der Elektronik), was im Taschenbuch-Format und zum Taschenbuch-Preis möglich ist: ein klares, dank sparsamen, aber sinnvollen Farb-Einsatzes (blau in unterschiedlichen Schattierungen) klar gegliedertes Layout, das sogar den didaktisch sinnvollen Randstreifen (mit nützlichen Marginalien) noch zulässt (was unser ‚Hausverlag‘ inzwischen verweigert – unter Hinweis auf E-Reader, bei denen Marginalien Platz verschwendeten, ein nur bedingt stichhaltiges Argument) und eine leserfreundliche Typographie. Kompliment dafür! Inhaltlich geht das Lob an den Autor, Professor für Ethnologie an der LMU in München. Seine einführende Überblicksdarstellung zur Disziplin der Ethnologie, der empirischen Erforschung von Kulturen, wie man sagen könnte, erfüllt ihren Zweck auf exzellente Weise. Das Fach wird in seiner Geschichte, wichtigen Vertreter*innen, theoretischen Ansätzen und Grundbegriffen vorgestellt, immer wieder auch anhand zentraler Arbeiten, und im zweiten Teil in vier zentralen Forschungsbereichen (Verwandtschaft, Wirtschaft, Religion, Politik). Wie diese schon andeuten, ist die Ethnologie einerseits als Ergänzung der Soziologie von Belang, mit der sie den weiten Gegenstandsbereich teilt; sie erfasst ihn jedoch, ohne soziale Bedingungen zu vernachlässigen, in ihrer kulturellen Dimension, als „selbstgesponnene Bedeutungsgewebe“

(24), wie ein Zitat eines der Hauptvertreter des Fachs, Clifford Geertz, besagt. Aber auch für IB-ler*innen ist die Ethnologie, vor allem mit ihrem Blick auf das Fremde (auch in und an eigenen Gesellschaften) von Belang (vgl. KiiB Kap.1). Kurzum: Grundkenntnisse über die Nachbardisziplin der Ethnologie sind für jede/n fundierte/n Sozialwissenschaftler*in wünschenswert. Sie lassen sich durch Lektüre der Einführung von Heidemann auf vorzügliche Weise erwerben.

Hübl, Phillip 2019: Die aufgeregte Gesellschaft. Wie Emotionen unsere Moral prägen und die Polarisierung verstärken, München: C. Bertelsmann.

Die Rolle von Gefühlen oder Emotionen in der (internationalen) Politik wird jüngst vermehrt erörtert (die Historiker waren uns darin um rund zehn Jahre voraus). Dabei wird auch auf die inzwischen vorliegenden empirischen Forschungen zum Thema zurückgegriffen, welche oft eine evolutionspsychologische Unterfütterung haben. Danach ist unsere emotionale Grundausstattung Resultat der stammesgeschichtlichen Entwicklung (und daher auch in unseren tierischen Vorfahren wiedererkennbar, wie bereits Darwin erkannte). Sie prägt jedoch nur Reaktionsmuster und –neigungen aus; bei uns Menschen werden konkrete Auslöser und auch Ausdrucksformen der basalen Emotionen kulturell überformt. Dennoch prägen, so der Philosoph Hübl, der sich seit längerem um die Aufarbeitung der Ergebnisse psychologischer Forschung für die Philosophie kümmert, sechs moralische Grundprinzipien unsere menschliche Natur: Fürsorge, Fairness und Freiheit (welche insbesondere in westlichen Kulturen hervorgehoben werden), aber auch Autorität, Loyalität und Reinheit (welche in traditionellen, vormodernen Kulturen oft eine stärkere Rolle spielen und auch heute noch in kollektivistischen Gesellschaften). Ihnen korrespondieren basale Gefühle, dem Reinheitsprinzip etwa der Ekel. Dieser sei es denn auch, eher als Angst, wie oft angeführt wird, der in Zeiten der Globalisierung, in der es zu kultureller Durchmischung kommt, zu Xenophobie, Abwehr des Fremden, als fremd Empfundene, führe. Was eine der gegenwärtigen politischen Lager- oder, wie es in der einschlägigen, vor allem US-amerikanischen Literatur, auf die Hübl sich stützt und die er gut vorstellt, genannt wird Stammes-Trennlinien markiert. Andere sind jung/alt, Stadt/Land, Offenheit/Geschlossenheit. In all diesen Auseinandersetzungen kommt es vermehrt zu emotional unterfütterter Polarisierung, was vom Internet noch unterstützt wird. Nicht alle diese Ideen sind neu; einige wenige auch von Hübl nicht ganz glücklich formuliert (wenn er etwa ostdeutsche junge Männer mit Gorillahorden in Afrika vergleicht, ein böser Ausrutscher). Anderes ist dann doch fast trivial – „Progressive mögen freiheitsliebende Katzen, Konservative treue und gehorsame Hunde.“ (288) Recht aber hat Hübl m.E. im Kern: die stammesgeschichtlichen Grundlagen unserer emotionalen Grundausstattung sind wirksam; sie determinieren jedoch nicht allein unser Verhalten. Reflexion kann dazu führen, dass deren Verhaltensantrieb deutlich bis gänzlich geändert wird. Und zwar sowohl im Bereich individueller Moral als auch im politischen Verhalten. Wie sonst ließe sich etwa der Wandel in der öffentlichen Einstellung zu Homosexualität erklären, der in den meisten westlichen Ländern (in vielen anderen – noch – nicht) stattgefunden hat? Hübl predigt also nicht Biologie als Schicksal – eher schon als Herausforderung. Vor allem sein erster Teil über Moral führt dabei auch in die interessante neuere Forschung zur Moralpsychologie ein; sein zweiter zur Politik in die Literatur über ‚Stammes‘-Bildung. Den Gesellschaftsteil (s. das Katzen/Hunde-Zitat) fand ich am schwächsten. Wer nur einen Kurz-Aufriss von Hübls Denken sucht, ist mit der Sendung „Gefühlvoll – Die Basis der Moral?“ im Rahmen des „Philosophischen Radio“ auf WDR5 gut bedient; sie steht zum Download zur Verfügung unter <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-das-philosophische-radio/index.html> .

Koppetsch, Cornelia 2019: Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld: transcript.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus in westlich-liberalen (z.T. jedoch geografisch östlich gelegenen) Demokratien (und darüber hinaus: Brasilien, z.T. Indien) macht vielen Beobachter*innen Sorgen – und ist inzwischen auch zum Gegenstand etlicher fachlicher Untersuchungen geworden (einige wurden in vorausgegangenen Lit-Tipps-Ausgaben vorgestellt). Diese jüngste Monographie der Darmstädter Soziologie-Professorin Koppetsch

reicht sich hier gut ein, kann auf dieser Grundlage wie der eigener Vorarbeiten über weite Strecken als gelungene Synthese gelten (und gelesen werden). Dabei geht sie mit Vorläufern durchaus kritisch um: rein ökonomische Interpretationen (Anhänger des Rechtspopulismus sind Modernisierungs- bzw. Globalisierungs-Verlierer) greifen zu kurz; aber auch rein kulturelle Interpretationen greifen zu kurz. Auch insofern gilt es zu synthetisieren. Doch zielt Koppetschs Kritik über die Aussagen von Kolleg*innen hinaus auch auf deren sozialen Status: Populismus-Analysen seien oft auch „ein Stück Begriffspolitik in den Sozialwissenschaften und dienen immer auch der Selbstvergewisserung, auf der richtigen Seite zu stehen.“ (32) Umgekehrt sind aus Sicht etlicher Anhänger*innen des Populismus die (arrivierten) Vertreter*innen der Sozialwissenschaft Teil des Problems bzw. ein rotes Tuch: sie gehören genau zu jenem linksliberalen Elitenkartell, gegen das protestiert wird (und außerdem, auch das ist schon aus der US-amerikanischen Kulturanthropologie bekannt: Wer lässt sich schon gerne von Professor*innen ‚wie Ameisen‘ analysieren?). Die Autorin schließt sich wohl selbstkritisch in diese Kritik ein, denn in der Tat gehören die arrivierten Sozialwissenschaftler*innen (anders als das noch nicht arrivierte akademische Prekariat) nicht nur tatsächlich zu den (materiell) Privilegierten, sondern zugleich oft zum links-liberalen Establishment. Dessen kulturpolitische Forderungen (Minderheiten-Gleichstellung, Genderisierung etc.) aufgenommen zu haben, gehört zur Raffinesse dessen, was Koppetsch „progressiven Neoliberalismus“ nennt. Und seine Vertreter*innen, in den USA etwa die Clintons und etliche, v.a. spendefreudige, ihrer Anhänger, sind es denn auch, die eine kulturpolitische Agenda in den vergangenen 20 Jahren bestimmt haben, während die materiellen Interessen dessen, was hässlich, aber nicht unzutreffend white trash genannt wird, im politischen Spiel nicht mehr vertreten wurden. In Europa war es die nur noch ‚fortschrittliche‘, jedenfalls keine ‚linke‘ Sozial- und Wirtschaftspolitik mehr kennende Sozialdemokratie (und die ‚ver-merkelte‘ Christdemokratie), welche viele ihrer traditionellen Wähler*innen unversorgt ließ, sozialpolitisch oder in ihrem nationalen Empfinden. Im Zeitalter eines sich herausbildenden „transnationalen Unten“ (19), zwischen dem und der ebenfalls transnationalen Oberklasse sich die traditionellen und neuen Mittelschichten mit Verlustangst konfrontiert sehen, bleibt diesen, als Anker kultureller Identifikation, oft nur der (Neo-)Nationalismus: ökonomisch und/oder kulturell abgehängt oder (zumindest subjektiv) bedroht bleibt ihnen, was ihnen kein Ausländer oder Asylant nehmen kann: ein (Bio‘-) Nationaler zu sein, ein uneinholbarer und damit Trost spendender Status. Zugleich ist das Nicht-Wählen von Parteien, die weder die eigenen materiellen noch symbolischen Interessen mehr vertreten, durchaus rational: es übt Druck auf diese aus, ihre Agenda anzupassen. Schlimm nur, wenn die Wahl auf in Wirklichkeit keine realisierbare Alternative bietende Alternativparteien fällt – und die ‚Alt‘-Parteien darob durch Anpassung an deren, zumindest verbale, Agenda reagieren. So kann aus strukturell bedingtem Zorn ein Prozess der De-Zivilisierung entstehen – und der gibt in der Tat Anlass zur Sorge: politische Gegner werden wieder als Feinde (und Verräter) verunglimpft, die Schlacht der Worte zu der der fake news degradiert – und schlimmstenfalls fühlen sich etliche zu Gewalttaten motiviert und legitimiert. Spätestens hier hört der Spaß auf. Die Darstellung Koppetschs ist geeignet, uns den durchaus komplexen Ursachenhintergrund der gegenwärtigen Krise des politischen Liberalismus verständlich zu machen. Da er aufs Ungute mit dem dominanten, durch vielfache, auch transnationale Interessen gestützten und geschützten Neoliberalismus verbunden ist, ist Abhilfe nicht leicht. Ein wirklich alternatives Projekt der sozialen Abfederung des Liberalismus, des „embedded liberalism“, wie G. G. Ruggie es genannt hat und wie er für die Nachkriegszeit im Westen kennzeichnend war, war an Voraussetzungen gebunden, die heute weitgehend nicht mehr gegeben sind. Es ist nicht einfach so, dass sich die Krise des Kapitalismus der 1930er Jahre wiederholt. Aber es ist immer noch so, dass die Rückwirkungen der Krisen des Kapitalismus in seinem politischen und kulturellen Überbau erheblich sind – und uns teuer zu stehen kommen könn(t)en. Im ökonomischen Bereich zumindest (wenn aus „America First“ Handels‘kriege‘ folgen) oder gar im politischen, wenn nicht mehr genügend Demokrat*innen sehen, was sie an liberaler Demokratie haben und sich dafür einsetzen, oder wenn aus neonationalistischer Außenpolitik wirklich Krieg folgen sollte (Indien/Pakistan; China/Hong Kong/Taiwan). Theoretisch spannende, praktisch nicht ungefährliche Zeiten. Und doch hilft es, die eigene Lage z.B. auf Koppetschs Spuren besser

zu verstehen – auch dabei, nicht die (liberal-demokratischen) Nerven zu verlieren und frei floatenden Ängsten (die politisch missbrauchbar sind) Vorschub zu leisten. Denn, es gilt mit Lore Lorentz; „Die Lage war noch nie so ernst wie immer.“

Lowndes, Vivien/Marsh, David/Stoker, Gerry 2018: Theory and Methodes in Political Science, 4th ed., London: Red Globe Press.

Im Rahmen der hochkarätigen Lehrbuch-Reihe “Political Analysis” der Red Globe Press (die Farbe hat hier keine politische Bedeutung) erscheint bereits in vierter Auflage – ein Erfolgskriterium – dieser Theorie- und Methoden-Band. Dem Charakter der Reihe entsprechend ist er eher für fortgeschrittene Studierende der Politikwissenschaft gedacht bzw. für solche, die ein vertieftes Interesse an theoretischen und methodischen Grundlagen des Faches haben. Aufgrund der Einteilung in klar thematisch begrenzte und klar formulierte Einzelkapitel ist jedoch auch die selektive Nutzung in früheren Studienphasen möglich, insbesondere auch zur Einübung in die englische Fachsprache (zumindest Lesefähigkeit). Behandelt werden in jeweils etwa 20-seitigen Kapiteln eingangs grundlegende Ansätze (Behavioral Analysis, Rational Choice, Institutionalism, Constructivism and Interpretive Theory, Feminism and Gendered Approaches, Marxism, Poststructuralism, Political Psychology und Normative Political Theory). Wie schon diese (Kapitel-)Aufzählung zeigt, ist die Auswahl erfreulich breit und wird dem fachlichen Pluralismus dadurch gerecht. Dargestellt werden jeweils die Ursprünge und Entwicklung der Ansätze, ihre Besonderheiten, Varianten und mögliche Kritik. Jedes Kapitel schließt mit Literaturempfehlungen zum Weiterlesen. In Teil 2 geht es stärker um Fragen der Methodik und des Forschungsdesigns. Qualitative und quantitative Methoden werden erörtert, der Vergleich, experimentelle Methodik, Big Data-Analyse und, abschließend, die Frage der Relevanz politikwissenschaftlicher Forschung. Letzteres ist besonders zu begrüßen, gerade in einem Lehrbuch zu Theorien und Methode: beide sind kein Selbstzweck. Gerade Politikwissenschaft sollte kein, und sei es methodisch sophistiziertes, Glasperlenspiel sein. Sondern relevant – fachlich und darüber hinaus. Dem wird die Disziplin hierzulande z.Z. weniger gerecht, als es schon einmal der Fall war, würde ich sagen. Zumindest besteht insofern noch ‚Luft nach oben‘.

Orenstein, Mitchell A. 2019: The Lands in Between. Russia vs. the West and the New Politics of Hybrid War, New York: Oxford University Press.

WRigZ 2

Bei Abfassung meines Weltregionen-Kurses musste ich im Europa-Kapitel (aus Platzgründen) davon ausgehen, dass Grundzüge der neuzeitlichen europäischen Gewaltkonflikt-Geschichte nicht rekapituliert werden mussten und konnte ich davon ausgehen, dass der Ost-West-Konflikt als vergangen, jedoch in Grundzügen vertraut unterstellt werden darf. Letzteres ist mit zeitlichem Abstand jedoch in abnehmendem Ausmaß der Fall. Und der Zeitablauf seit seinem Ende war leider nicht so glücklich wie erhofft. Wir stehen inzwischen in Europa zwar nicht vor einem ‚neuen Kalten Krieg‘ im Sinne eines ideologisch unterfütterten Großmachtkonflikts. Aber es hat sich zwischen dem, was früher den Westen ausmachte (darunter EU und NATO) und dem, was zunächst als neuer gesamteuropäischer Partner erschien: Russland doch ein neues Ringen um Einfluss ergeben, und zwar um „the lands in between“, am virulentesten im Fall der Ukraine. „Hat sich ergeben“ ist dabei die politikwissenschaftlich unbeliebte, weil analytisch unzulängliche Umschreibung für einen Vorgang, der sehr wohl der Erklärung bedarf und zugänglich ist. Fachlich sollte dies möglich sein, ohne in das politische Spiel der wechselseitigen Schulzuweisungen zu verfallen, das im Rahmen der derzeitigen Propaganda-Schlachten läuft. It takes two to tango: zum Manifestwerden eines Konfliktes bedarf es immer beider Seiten. Und die Analyse wird rasch komplex, insofern ‚der Westen‘ keinen kohärenten Akteur darstellt, nicht nur wegen der – durchaus belangvollen – Unterschiede zwischen NATO (als primär militärischer) und EU (als primär ökonomischer Institution); sondern auch, weil im Westen, zwischen (West- und Ost-)Europa und den USA, aber auch in Washington selbst, durchaus unterschiedliche Vorstellungen herrschten, wie das Verhältnis zu Russland nach 1990 zu gestalten sei. Und auch auf russischer Seite hat die innere Entwicklung des

Herrschaftssysteme eine Verschiebung der außenpolitischen Perspektive mit sich gebracht. Von Gorbatschows anvisiertem (und in der Charta von Paris von allen konsentiertem) ‚gemeinsamen Haus Europa‘ sind wir so, über Vorstellungen des „unipolar moment“, dessen ‚Gunst der welthistorischen Stunde‘ aus mancher US-Sicht doch zur Erweiterung des eigenen Einflusses auch in Mittel- und Osteuropa genutzt werden sollte, und der gezielten Provokation Russlands als „a regional power“ durch Obama bei einem neuen Ringen um Einfluss in den ‚Zwischenlanden‘ gelandet, wobei die Annexion der Krim der jüngste Höhepunkt (und zugleich ein deutliches russisches Signal gen Westen, ausgesandt mit kalkulierbarem Risiko) war. Seitdem sind in diesen Ländern perverse Anreizstrukturen entstanden für Oligarchen, die ihre heimische Herrschaft auch auf das Ausspielen von Ost gegen West und die dadurch motivierte Unterstützung zu sichern versuchen. Das geht so weit, dass manche ein (finanzielles und Herrschafts-)Interesse daran zu haben scheinen, Konflikte wie den im Osten der Ukraine ‚auf kleiner Flamme‘ am Laufen zu halten, liefert das doch immerhin die Bilder, welche die Propagandaschlacht in der Welt der Medien braucht (s. dazu auch: Peter Pomerantsev: This Is Not Propaganda, London 2019). Mitchell Orenstein, Professor für Russian and East European Studies an der University of Pennsylvania zeichnet diese Entwicklung kundig nach, auch am Beispiel der von ihm untersuchten Entwicklung in Moldawien. Er arbeitet dabei auch die Bedeutung der sog. hybriden Kriegführung durch Russland heraus und räumt ein: „From my own experience, there is a certain plausibility to the idea that Putin was the author of these changes.“ (11) Aber er stellt eben auch fest: „the strong implication of a security dilemma is that both sides are to blame for one another’s sense of external threat.“ (12) Ergänzend, für die westliche Seite, zu Orensteins Darstellung sei daher auch noch auf die Analyse von William H. Hill verwiesen (No Place for Russia. European Security Institutions Since 1989, New York 2018).

Plumpe, Werner 2019: Das kalte Herz. Kapitalismus: Die Geschichte einer andauernden Revolution, Berlin: Rowohlt.

IPSE 11; KiIB 6

Mit dem FAZ-Rezensenten (Jochen Zenthöfer) von heute (24.6.19, S. 16), der genauso schnell gelesen hat wie ich, bin ich doppelt einig: dass 800 Seiten für das Thema Kapitalismus-Geschichte nicht unbedingt zu viel sind, zumal wenn sie so informativ sind wie hier (und der eigentliche Text ‚nur‘ 640 Seiten umfasst, der Rest sind Literaturverzeichnis und Register); und dass das Buch des in Frankfurt a.M. lehrenden Wirtschaftshistorikers Plumpe daher sehr zu empfehlen ist. Uneins bin ich mit beiden jedoch, insofern meine Empfehlung nur eingeschränkt gilt. Zwar mag man es begrüßen, dass Plumpe unbefangenen von Kapitalismus spricht. Der Preis dafür jedoch ist ein Kapitalismus-Begriff, dem jegliche kritische Ambition abholt ist. Im Gegenteil schreibt Plumpe mit seiner informativen Geschichte zugleich so etwas wie eine Rechtfertigung dessen, was er gerade nicht als „System“ begreifen will. Lieber spricht er von Kapitalismus als Methode. Für diese ist nach Plumpe kennzeichnend: Produktion von Gütern unter hohem Kapitaleinsatz, unter privater Verfügung und marktvermittelt - und damit immer mit dem Risiko des Scheiterns (wenn Produziertes nicht verkauft wird, sei es, weil Kaufkraft oder Nachfrage fehlt). Dafür hat dieses dezentrale System, das ist Plumpe am wichtigsten und das sieht er m.E. auch richtig, den Charme der Flexibilität und Kreativität. Und deshalb wird der Kapitalismus auch nicht scheitern, so Plumpe. Dass man sein Scheitern nicht wirklich voraussehen kann – wie grundsätzlich die Zukunft nicht – hat in der Tat Karl Popper schon (besser) erklärt (nämlich dadurch, dass solche Prognosen das, z.B. wissenschaftliche, Wissen von morgen schon heute haben müssten, was prinzipiell, rein logisch, unmöglich ist: hätten wir dieses Wissen schon heute, wäre es ja auch Wissen von heute und eben nicht mehr von morgen). Ich habe deshalb Wallerstein’sche Untergangsprognosen insofern auch schon mit Fukuyama’schem Tönen vom Ende der Geschichte gleichgesetzt: beides ist unsinnig. Aber 1. stabilisiert der Kapitalismus sich nicht von allein (was auch Plumpe sieht): er bedarf der politischen Re-Stabilisierung (z.B. durch Sozialstaatlichkeit), wie Plumpe sagt. Diese ergibt sich jedoch nicht einfach – und schon gar nicht von allein. Natürlich weiß das auch Plumpe – aber er will trotzdem das kapitalistische Wirkprinzip rein ökonomisch fassen (s.o.: dezentrale, privatökonomische Marktwirtschaft), wann immer er Fragen der politischen Ökonomie, des

(unvermeidlichen!) Wechselspiels von Ökonomie und Politik berührt, kritisiert er vor allem den Staat, der sich zu gerne verschulde und die Wirtschaft über-reguliere; „der Kapitalismus“ ist dagegen für Plumpe „unschuldig“, unter anderem mit dem an sich zutreffenden Argument, er sei kein Akteur; auch kundige Kritiker behaupten das jedoch nicht – und analysieren die außerökonomischen, Macht und Herrschaft betreffenden Folgewirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit – was Plumpe konsequent verweigert. Nun kann man, 2., Begriffe so und so fassen, und sinnvoll ist weniger die Frage, welche Fassung absolut besser ist, sondern die, welche für welchen Zweck taugt. Plumpe's Kapitalismus-Begriff taugt, auf den Spuren der klugen Gedanken (im Unterschied zu ideologischen Übertreibungen; s. KiiB Kap. 6) von Hayek (den er dazu jedoch kaum zitiert; merkwürdig), vor allem zur Erfassung seiner Dynamik und Flexibilität. Er taugt gar nicht zur Erfassung von Herrschaft und Macht. Immerhin erwähnt Plumpe den Bedarf an Verhinderung von Markt-Macht und damit Kartellaufsicht und Fusionskontrolle, hinsichtlich der Marktmacht von Google, Amazon und Co. ist Plumpe jedoch naiv optimistisch. Auch der Ordoliberalismus à la Eucken scheint ihm schon zu viel an Staatseingriffen zu legitimieren. Und 3. schreibt Plumpe zwar: „Die Ökonomie ist für die materielle Reproduktion der Menschen wesentlich“ (640) – aber dass dazu auch die ökologische Dimension gehört, thematisiert er gar nicht (!) – eine Lücke, die selbst dem FAZ-Rezensenten ‚aufgestoßen‘ ist. Dass Plumpe über Möglichkeiten eines Markt-Sozialismus nicht nachdenkt, überrascht eher nicht. Dass er unter Sozialismus nur Zentralverwaltungswirtschaft à la DDR versteht und auf diese (ist das wirklich noch nötig?) eindrischt, ist schal. Richtig aber sein Hinweis, dass auch Markt-Sozialismus kapitalintensiv sein müsste (was Marx schon wusste) und das Risiko des Scheiterns am Markt bergen würde. Dass trotz der Bindung eines erheblichen Teils der Gewinne in Kapital kollektives (nicht dasselbe wie Staats-)Eigentum einen Unterschied machen könnte, kann (oder will) Plumpe nicht sehen. Lieber kokettiert er (s. Titel) damit, ‚kalte Wahrheiten‘ nüchtern auszusprechen (eben, dass Kapitalismus vor allem für Effizienzsteigerung und Dynamik gut ist, nicht per se und schon gar nicht automatisch dafür, seine sozialen und ökologischen Voraussetzungen zu wahren). Das ist das titelgebende kalte Herz – und es könnte einen eher kalt lassen, brächte nicht der Hauptteil des Buches eine wirklich informative Geschichte des Kapitalismus (im eingeschränkten Sinne Plumpe's) und in der lesenswerten Einleitung und im Schlusskapitel den Kern der kapitalistischen Dynamik und Flexibilität auf den Punkt. Aufgrund dessen ist der Band lesens- und empfehlenswert; er braucht jedoch der kritischen (gedanklichen) Ergänzung, wie sie hier zu skizzieren versucht wurde.

Seibel, Wolfgang/KLamann, Kevin/Treis, Hannah 2017: Verwaltungsdesaster. Von der Loveparade bis zu den NSU-Ermittlungen, Frankfurt a.M./New York: Campus.

In den Bereich der politikwissenschaftlichen Verwaltungsanalyse wage ich mich in meinen Lit-Tipps (mangels fachlicher Kompetenz) eher selten vor. Andererseits bin ich nicht nur notorisch breit interessiert. Wir alle sind durch staatliches Verwaltungshandeln ganz unmittelbar und vielfach betroffen und haben schon deshalb ein Interesse daran, es zu verstehen. Dies gilt zumal, wenn es, wie in den hier von den drei in Konstanz bzw. Berlin wirkenden Verwaltungswissenschaftlern und der Studierenden Treis erarbeiteten vier Fallstudien um massives Verwaltungsversagen mit erheblichen negativen Folgen geht (seit Jahren warte ich auf eine Analyse in diesem Sinne der Vorgänge um das nukleare Endlager Asse; schade, dass dieser Fall nicht auch noch aufgegriffen wurde). Behandelt werden die Fälle der Loveparade-Katastrophe in Duisburg (bei der es durch Fehlplanung zu Toten bei der panikartigen Flucht vom Veranstaltungsgelände kam), der Einsturz des Eishallendachs in Bad Reichenhall 2006, der Tod der kleinen Yagmur wegen vernachlässigter Kindeswohlsicherung in Hamburg und die Fehler in der NSU-Ermittlung. Allein diese Fallauswahl und die Thematik sind ein Musterbeispiel für relevante politikwissenschaftliche Forschung (s. auch Lowndes/Marsh/Stoker in diesen Lit-Tipps). Die Studien sind nicht nur in sich informativ. Ihre analytische Anlage, welche in der hervorragenden Einleitung des Hauptautors Seibel mustergültig klar dargelegt wird und auch alleine der Lektüre lohnt (die ob der Kürze auch leicht möglich ist), macht sie besonders wertvoll, die abschließend erfolgende vergleichende Auswertung macht in praxisrelevanter Absicht die Verursachungsbedingungen solch gravierenden Verwaltungsversagens deutlich. Ein in jeder

Hinsicht mustergültiges Buch, dem fachlich (und darüber hinaus) viele Leser*innen zu wünschen sind. Gerne sähe man mehr solch methodisch anspruchsvoller und zugleich relevanter politikwissenschaftlicher Forschung!

Weatherbee, Donald E. 2019: ASEAN's Half Century. A Political History of the Association of Southeast Asian Nations, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield.

WRigZ 5.2

Der inzwischen emeritierte Donald Weatherbee von der University of South Carolina hat als Altmeister der Südostasien-Forschung aus Anlass des 50. Jahrestages der Gründung der ASEAN, der 2017 begangen wurde, einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung der Organisation vorgelegt. Gerne hätte ich dergleichen schon bei Abfassung des Südostasien-Kapitels meines Weltregionen-Textes gehabt, denn die (Vor-)Geschichte der ASEAN ist weit weniger gut erarbeitet als etwa die der europäischen Integration. Dass beide jedoch im Grunde genommen kaum vergleichbar, d.h. sehr unterschiedlich, sind, wird schon in der Einleitung deutlich. Zwar wird auch hier die vielfach erfolgte Charakterisierung der ASEAN als „the world's second-most successful regional intergovernmental organization after the European Union“ (1) zitiert. Aber es gilt genau zu lesen: es ist von einer *intergouvernementalen* Institution die Rede – und das ist die ASEAN in der Tat in weit höherem Maße (ausschließlich nämlich) als die EU mit ihren supranationalen Elementen: es gibt keinen Vorrang von ASEAN-Recht vor nationalem Recht; überhaupt werden Verabredungen im Rahmen der ASEAN selten in Rechtsform getroffen – und praktisch immer zwischen den Regierungschefs oder Fachministern. Auch sei es „a false impression that there is a single ASEAN economy. There are ten separate economies“ (3) – kein Binnenmarkt. Beharren auf nationaler Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sind nicht nur die Grundprinzipien der ASEAN, sondern, insbesondere seit ihrer Erweiterung auf zehn Mitglieder und der damit verbundenen noch größeren Heterogenität der politischen Systeme, auch Bedingung ihres Funktionierens. Eine derart realistisch ‚inflationbereinigte‘ Charakterisierung der ASEAN ist willkommen, hat es, wie Weatherbee herausarbeitet (und auch ich es in meinem Weltregionen-Kapitel getan habe), die ASEAN doch nicht nur geschafft, sich geschickt zwischen rivalisierenden Machtblöcken, heute China und den USA, zu positionieren, welche um Ansehen (und Einfluss) in der Region konkurrieren (mit zunehmendem Prä für China, wie Weatherbee feststellt). Die Organisation genießt auch fachlich erheblichen Aufmerksamkeitsglanz, der jedoch zuweilen recht naiv-konstruktivistisch daherkommt. Demgegenüber betont auch Weatherbee die Ursprünge der ASEAN in geteilten Sicherheitsbedrohungs-Wahrnehmungen der Gründer-Eliten, und diese, primär die Staatsspitzen, sekundär die (kleinen) nationalen ASEAN-Bürokratien, bestimmen auch heute noch das Spiel. Wahrung von Menschenrechten und Beteiligung der Zivilgesellschaft bleiben leider weiterhin vor allem deklarative Formulierungen, haben mit der z.T. herben politischen Realität in den ASEAN-Staaten wenig zu tun. Das alles mag ernüchternd klingen (und ist es auch); es handelt sich jedoch nicht um ein bewusstes ‚Kleinschreiben‘ der ASEAN und ihres (Selbstbehauptungs-)Erfolges, auch wenn jüngst das uneinheitliche Auftreten der ASEAN-Mitglieder im Streit mit China ums Südchinesische Meer zeigt, wie fragil dieser Erfolg ist. Weatherbee schreibt mit kritischer Sympathie – und beides erscheint die einzig angemessene Haltung. Auf jeden Fall hat er für alle an der Organisation und ihrer Region Interessierten eine vorzügliche Darstellung ihrer Entwicklung vorgelegt.

Weisbord, Noah 2019: The Crime of Aggression. The Quest for Justice in an Age of Drones, Cyberattacks, Insurgents, and Autocrats, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

KiiB 2.1

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt gelang 2010 im (nicht zufällig gewählten Tagungsort Kampala) die internationale Einigung auf die völkerrechtliche Definition von „Aggression“ als weiterem vom Internationalen Strafgerichtshof individuell aburteilbaren internationalem Verbrechen. Wie es dazu kam, den durchaus strittigen Prozess hin zur Einigung, ihr politischer Preis (die P5 sind weiterhin ausgenommen) und mögliche Folgewirkungen wird in diesem ebenso informativen wie gut, zum Teil mit Humor, der mich

zum Lachen brachte (bei dem Thema!), geschriebenen Buch dargestellt. Und zwar von dem Kanadischen Juristen Weisbord, der selbst für die Zwecke seiner Dissertation als ‚Junior-Experte‘ an den Verhandlungen beteiligt war. Die völkerrechtliche Aggressions-Definition überrascht den Laien weniger durch die Kern-Tatbestandsmerkmale, sondern eher durch ihren komplizierten Wortlaut (der im Anhang zu Kap. 7 abgedruckt wird). Nur der Jurist kann die Feinheiten (und Finten) verstehen und deuten – das tut Weisbord für seine Leser*innen. Anderes wird der künftigen Auslegung eben durch die ICC-Richter*innen bedürfen. Und ob es zu solchen kommt, wird auch davon abhängen, ob es überhaupt zu Anklagen wegen Aggression(serursachung) kommt – und ob eventuelle Täter*innen ergriffen werden. Die Hauptbedingungen dafür sind, neben dem Ausschluss juristischer Immunitätsgründe, um die gerungen wurde, vor allem außerjuristische Faktoren: „the instability of their (möglicher Täter*innen unter den Staatsführer*innen) domestic and international political power“ (154), was auch erklärt, weshalb die ersten ICC-Urteile (damals noch nicht wegen Aggression) gegen afrikanische Ex-Herrscher ergingen. Daher der Tagungsort Kampala. Auch das ist politics, die politischen (Macht-)Verhältnisse, welche die Entwicklung (und Umsetzung) des Völkerrechts mitprägen. Insofern dient Weisbords Buch auch als vorzügliche Ergänzung des Völkerrechts-Kapitels in meinem KiiB-Text.

Wolff, Michael 2019: *Siege. Trump Under Fire*, London: Little, Brown (auch bereits deutsch: *Unter Beschuss*, Hamburg: Rowohlt).

„Trump (in Gestalt von Wolff) die Zweite“ könnte man sagen. Für besagten Präsidenten geht es um sein zweites Amtsjahr (bis zu den Midterm-Elections vom November 2018) – und es geht eigentlich dauernd, so Wolff, auch um sein politisches Überleben; nur Trump selbst scheint sich seiner selbst sicher – zum Ärger seiner Gegner. Für den Autor geht es um sein zweites Trump-Buch (nach dem Bestseller „Fire and Fury“/„Feuer und Zorn“). Das Verfahren ist wieder dasselbe wie in jenem Buch: eine weitgehend chronologische Darstellung bzw. Kolportage anonymer Berichte über das Weiße Haus unter Trump, im Kern gestützt auf längere Gespräche mit dem inzwischen geschassten Steve Bannon, dem etliche Äußerungen namentlich zugeschrieben werden. Schon die Dominanz dieser Quelle, eines ebenso manipulativen wie eigeninteressierten Ex-Insiders, sollte skeptisch machen. Auch dürfte der/die informierte Zeitungsleser*in mit den Kernfakten vertraut sein. Was sich bestätigt, ist der Intriganten-Stadel der Trump-Mannschaft; die unorganisierte Arbeitsweise seines Weißen Hauses (das oft gegen ihn bzw. an ihm vorbei arbeiten zu müssen glaubt). Und die Prägung des Modus operandi des Präsidenten durch seine Business-Karriere, vom Bau- bis zum Show-Gewerbe: bullying bzw. ‚Weichklopfen‘ als Verhandlungsstil; Abkanzeln von Personen als Führungsstil; erratische Personalpolitik; zu großer Einfluss privater (auch familiärer Finanz-)Interessen. Die Fakten hätten durchaus für sich gesprochen, Wolff hält es für nötig, sie mit kräftigen eigenen Wertungen zu würzen. Guter Journalismus ist das nicht. An faktisch Neuem, zumal zur Außenpolitik, bleibt wenig hängen: Angela Merkel sei für Trumps ‚Einseif‘-Taktik, sein Schmeicheln, wenig empfänglich gewesen. Das freut uns. Sonst eher wenig an diesem Buch, das gleichwohl wieder oft verkauft werden wird, da bin ich sicher.